

Einführungsstatement

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Anlass

Berichterstattegespräch zum Einzelplan 09

am 4. April 2014

Uhrzeit der Rede: 10:05 Uhr

Im BMWi; Eichensaal

Redezeit: ca. 15-20 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrter Herr [REDACTED] [Vorsitzender],

sehr geehrte Frau [REDACTED]

[Bündnis90/Grüne],

sehr geehrte Mitberichterstatter [MdB

[REDACTED]; (CDU/CSU); MdB [REDACTED] (Die Linke)],

ich darf mich zunächst bei Ihnen bedanken, dass Sie heute hier ins BMWi gekommen sind, um mit uns den Einzelplan 09 des Ministeriums zu beraten.

Es geht bei diesem Gespräch vor allen Dingen darum zu überprüfen, ob wir im Rahmen der gesteckten finanzpolitischen Ziele aus wirtschaftspolitischer Sicht auch die richtigen Akzente setzen.

Und da kann ich nur sagen: Das BMWi setzt sich maßgeblich für eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik ein.

Der 2. Entwurf des Bundeshaushalts 2014 gibt diesen wachstumsorientierten finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs in überzeugender Weise wider.

Der vorliegende Entwurf zeigt auch: Den Haushalt auszugleichen und Wachstumsimpulse zu setzen, ist möglich!

Binnenwirtschaft stärken

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs.

Für dieses Jahr geht die Bundesregierung von einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland von real 1,8 Prozent aus.

Sowohl der DIHK-Industriereport [Saldo Lage + 8 Punkte (auf 31) gegenüber Herbst 2013; + 8 bei guten Geschäftserwartungen (auf 34 %)] als auch der ifo Geschäftsklimaindex [Geschäftsklima hat sich zum vierten Mal in Folge verbessert] bestätigen diese gute Perspektive.

Der Abschluss im öffentlichen Dienst ist ein Erfolg für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ein fairer, tragbarer Kompromiss für die öffentlichen Arbeitgeber.

Durch die Lohnanhebungen von 3 Prozent in diesem und 2,4 Prozent im kommenden Jahr und vor allem durch den Mindestbetrag von 90 Euro werden die hart arbeitenden Menschen vor allem in den unteren Einkommensgruppen, die täglich für die Bürgerinnen und Bürger wertvolle öffentliche Dienstleistungen erbringen, an der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beteiligt.

[Hinweis: Das Verhandlungsergebnis muss noch den ver.di-Mitgliedern zur Abstimmung gestellt werden.]

Die insgesamt gute wirtschaftliche Lage kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in einigen Bereichen noch ein gutes Stück Arbeit vor uns haben.

Das gilt vor allem für die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte und für die Investitionen. Denn die vergleichsweise geringe Investitionsquote Deutschlands ist eine Achillesferse unserer Wirtschaft.

Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote ist in Deutschland von knapp über 21 Prozent im Jahr 2000 um rund 4 Prozent-Punkte bis zum Jahr 2012 gesunken. Die öffentlichen Investitionen sind insbesondere zwischen 1992 und 2005 gesunken. Das heißt: Wir fahren „auf Verschleiß“.

Aber gerade ein Land wie Deutschland, in dem das Durchschnittsalter steigt und die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter abnimmt, braucht dringend Investitionen für mehr Wachstum.

Auch von europäischer Seite stehen wir in der Kritik: Die Europäische Kommission sieht in den unterdurchschnittlichen Investitionen in Deutschland eine Ursache für den hohen Leistungsbilanzüberschuss.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt mindestens auf den OECD-Durchschnitt zu erhöhen [20 Prozent].

Sie wissen: Allein für dringend notwendige Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur wird die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren insgesamt 5 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen.

Bei den öffentlichen Investitionen geht es aber auch darum, die Kommunen finanziell zu entlasten. Denn rund die Hälfte der öffentlichen Investitionen tätigen Städte und Gemeinden

[2012: 51 %].

Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern

Die erhöhten öffentlichen Investitionen werden aber alleine nicht ausreichen, um unser Investitionsziel zu erreichen [*mehr als 90 Prozent sind private Investitionen*].

Vor allem Unternehmerinnen und Unternehmer sind hier gefragt. Wir werden daher alles daran setzen, die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu stärken.

Zu den verbesserten Rahmenbedingungen gehört insbesondere auch, dass wir Bildung und Ausbildung stärker in den Mittelpunkt rücken.

Der demografische Wandel führt bereits heute in vielen Berufen und Regionen zu einem steigenden Fachkräftemangel.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass wir zugunsten von Kitas, Schulen und Hochschulen zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 6 Milliarden Euro vorgesehen haben.

Darüber hinaus wird die gemeinsame Fachkräfte-Offensive [von BMWi, BMAS und BA] durch eine Informations- und Mobilisierungskampagne ergänzt. Diese richtet sich an Unternehmen, an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie an die breite Öffentlichkeit.

Die Vorzeichen stehen günstig: Die Unternehmensinvestitionen haben im vergangenen Jahr die Trendwende geschafft - nachdem sie über 1 ½ Jahre in Folge zurückgegangen waren. Für das Jahr 2014 erwarten wir einen spürbaren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen.

Einfache Antworten werden zwar nicht weiter helfen, um die wachstumsbremsenden Defizite zu beseitigen. Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem klar ist, dass mehr getan werden muss.

Aber wir orientieren uns auch daran, dass Investitionen kein Selbstzweck sind. Sie ergeben nur Sinn, wenn das Verhältnis aus Kosten und Ertrag stimmt.

Deshalb verfolge ich einen Ansatz, der Konsolidierung und Wachstum miteinander verbindet. Das ist der Kurs des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Er spiegelt sich letztlich auch im vorliegenden Regierungsentwurf wider.

Energiepolitik

Bezahlbare Energiepreise sind eine ganz wichtige Voraussetzung für den Erhalt eines wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Industriestandortes.

Der Erfolg der Energiewende in Deutschland muss sich daran messen lassen, ob es uns gelingt, ein Gleichgewicht aus Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie herzustellen.

Die EEG-Reform bietet uns jetzt die Möglichkeit, die richtigen Weichen hierfür zu stellen.

Wir werden am 8. April den Regierungsentwurf der EEG-Novelle im Kabinett beschließen.

Einzelplan 09

Lassen Sie mich nun auf ausgewählte Bereiche des Einzelplans 09 eingehen, die zum wachstumsorientierten Kurs meines Hauses gehören:

- Regionale Wirtschaftspolitik (GRW):
Wie schon in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, wollen wir das bewährte Instrument der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung aufstocken.

Im Haushalt 2014 werden über 13 Millionen Euro im BMWi-Haushalt umgeschichtet, um das Niveau des Vorjahres zu halten.

Gegen Ende der Legislaturperiode sollen die Mittel für die GRW wieder deutlich über 600 Millionen Euro liegen.

- ZIM: Das überaus erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand - auch als „ZIM“ bekannt - wird auf hohem Niveau fortgesetzt.

Erst am Mittwoch hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages meinem Antrag auf vorzeitige Freigabe von Mitteln stattgegeben, die es ermöglichen werden, zahlreiche bisher nicht bewilligte Vorhaben im Vorgriff auf die Verabschiedung des Haushalts 2014 in Gang zu setzen.

Hierfür möchte ich auch Ihnen als Mitglieder des Haushaltsausschusses ausdrücklich danken.

- Globale Minderausgabe: Kritisch bewerte ich die im Einzelplan 09 enthaltenen zu hohen Globalen Minderausgaben, die uns in der Bewirtschaftung zu Einsparungen im Programmbereich zwingen. Dies muss sich in den kommenden Jahren ändern. Denn ich bin grundsätzlich der Meinung, dass nicht finanzierbare Mehrausgaben vorrangig in den jeweiligen federführenden Politikbereichen gegenfinanziert werden müssen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass BMWi-Programme dauerhaft zulasten anderer Politikbereiche gekürzt werden - Stichwort Betreuungsgeld.

- EKF: Ich möchte gerne noch einen Bereich außerhalb des BMWi-Einzelplans ansprechen, der mir große Sorge bereitet, und zwar das chronisch unterfinanzierte Instrument des Energie- und Klimafonds (EKF).
Mit dem EKF in jetziger Gestalt lässt sich die Energiewende nicht wirklich finanzieren.

Für 2014 haben wir noch eine Notlösung gefunden – aber schon in Kürze müssen wir uns grundlegende Gedanken zur Zukunft des EKF machen.

Die Energiewende muss auf eine solide und planbare finanzielle Basis gestellt werden - wie immer diese rechtlich auch ausgestaltet sein mag. Dabei hoffe ich auf Ihre Unterstützung.

- Die Energiewende ist zur Zeit eines der anspruchsvollsten Themen, die dieses Ressort beschäftigt. Ich habe dazu eine umfassende Neuorganisation meines Hauses vorgenommen. Im Haushaltsplan können Sie das gut nachverfolgen.

Die Aufgabenbereiche der Erneuerbaren Energien und der CO₂-Gebäudesanierung wurden im BMWi gebündelt. Insgesamt werden sich zwei Abteilungen mit mehr als 200 Mitarbeitern mit der Energiewende befassen.

Schluss

Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind in guter Verfassung.

Gleichzeitig steht unser Land aber vor großen Herausforderungen. Wir

brauchen eine starke

Binnennachfrage, eine leistungsfähige

Infrastruktur und eine erfolgreiche

Umsetzung der Energiewende.

Das Bundeswirtschaftsministerium wird das zentrale wirtschaftspolitische Thema Investitionen in dieser Legislaturperiode zu einem Schwerpunkt machen.

Im Mittelpunkt wird dabei die Frage stehen, wie wir unser Land als attraktiven Investitionsstandort erhalten und wie wir ihn weiter nach vorne bringen können.

Wie Sie den Schwerpunkten des Einzelplans 09 entnehmen können, stellt sich das BMWi diesen Herausforderungen.

Ich freue mich nun auf die Diskussion mit Ihnen. Vielen Dank.